

# Amts- und Anzeigebblatt

für den

## Bezirk des Amtsgerichts Eibenstock und dessen Umgebung.

Er scheint

wöchentlich drei Mal und zwar  
Dienstag, Donnerstag u. Sonn-  
abend. Insetionspreis: die  
kleinspaltige Zeile 10 Pf. Im  
amtlichen Theile die gespaltene  
Zeile 25 Pf.

Verantwortlicher Redakteur, Drucker und Verleger: E. Hannebohn in Eibenstock.

46. Jahrgang.

Nr. 71.

Dienstag, den 20. Juni

1899.

**Abonnement**  
vierteljährlich 1 R. 20 Pf. einschließl.  
des „Amts-Unterhaltungsbl.“  
u. der Humor. Beilage „Seifen-  
blasen“ in der Expedition, bei  
unsern Boten sowie bei allen  
Reichspostanstalten.

In das Musterregister ist eingetragen: Nr. 334, Firma **Rudolph & Georgi** in  
**Eibenstock**, ein verschlossenes Paket, angeblich enthaltend, 30 Musterabschnitte zu seidenen  
gestickten Kleiderbesätzen, Fabriknummern 13659 13661 13671 13672 13674 13675  
13676 13677 13679 13684 13689 13693 13700 13715 13719 13720 13722 13723  
13724 13725 13726 13727 13728 13729 13730 13731 13732 13735 13736 13737  
Flächenerzeugnisse, Schutzfrist 2 Jahre, angemeldet am 12. Juni, Nachmittags 1/6 Uhr.  
Eibenstock, am 15. Juni 1899.

### Königliches Amtsgericht. Eibg.

In Folge Fortzugs des zweiten Abgeordneten der zu einem Wahlbezirk vereinigten  
Gemeinden Schönheide, Schönheiderhammer und Neuheide ist die **Neuwahl eines länd-  
lichen Abgeordneten zur Bezirksversammlung** erforderlich.

Die Bornahme der gedachten Wahl soll  
**Mittwoch, den 28. Juni 1899, Nachmittags 5 Uhr**  
im Sitzungszimmer des hiesigen Rathhauses erfolgen u. werden daher die Stimmberechtigten  
hierdurch eingeladen, sich zur angegebenen Zeit in dem erwähnten Wahllokale einzufinden.  
Schönheide, am 17. Juni 1899.

Gem.-Vorst. Haupt, Wahl-Commissar.

Nachdem die **Maul- und Klauenseuche** in hiesigem Orte **erloschen** ist, werden die  
mittels Bekanntmachung vom 17. vor. Mon. angeordneten Schutzmaßregeln hierdurch  
wieder **aufgehoben**.  
Schönheide, am 16. Juni 1899.

Der Gemeindevorstand.

### Das Gesandtschaftsrecht der Einzelstaaten

Ist gelegentlich eines „Konfliktes“ zwischen Rußland und dem  
Staate Bremen in den deutschen Blättern jüngst wiederholt er-  
örtert worden. Nach dem Artikel II der Reichsverfassung hat  
der Kaiser das Reich völkerrechtlich zu vertreten und aus diesem  
Grunde bilden die Gesandtschaften der Einzelstaaten im Auslande,  
die noch aus früherer Zeit her bestehen, kaum mehr als eine bloße  
Dekoration.

Es kommen dabei nur in Betracht Bayern, das in Paris,  
Wien und Petersburg, und Sachsen, das in Wien eine Gesandt-  
schaft unterhält. Auswärtige Staaten: Frankreich, Oesterreich,  
Rußland und England haben eine ganze Anzahl von Gesandt-  
schaften bei einzelnen deutschen Fürstenhöfen. Das Gesandtschafts-  
recht der Einzelstaaten ist für keinen derselben ein besonderes  
Rechtsverhältnis; es darf auch ohne Zustimmung jedes einzelnen der-  
selben durch Abänderung der Reichsverfassung beseitigt werden,  
und dies würde unzweifelhaft geschehen, wenn aus der Existenz  
einzelstaatlicher Gesandtschaften im Auslande oder ausländischer  
Gesandtschaften bei den Einzelstaaten einmal Schwierigkeiten für  
die Reichspolitik entsänden. Dies ist bisher nicht geschehen, und  
das ist auch für die Zukunft nicht zu befürchten.

Eine eigenthümliche Sonderstellung nimmt Württemberg ein.  
Württembergische Gesandtschaften werden seit dem Jahre 1894 nur  
noch in Berlin und München unterhalten. Dagegen befindet  
sich in Stuttgart sowohl eine österreichische, als eine russische  
Gesandtschaft. Der Gesandtschaften zwischen den deutschen Einzel-  
staaten bestehen mehrere; sie können auch unmöglich je zum Gegen-  
stand nationaler Besorgnis werden. Bis 1893 hatte Württem-  
berg noch eine besondere Gesandtschaft in Petersburg. Die Re-  
gierung hielt aber nach dem Tode der Königin Olga, einer  
russischen Prinzessin, eine Sondervertretung am russischen Hof  
nicht mehr für nöthig und ließ die betreffende Position im Haupt-  
finanzetat fallen. Diese Gelegenheit wurde von nationalliberaler  
Seite in der Abgeordnetenversammlung benutzt und im Verein mit der  
Linken, die sich früher aus föderalistischen Gründen entschieden  
dagegen gesträubt hatte, gelang es, mit 45 gegen 37 Stimmen  
von 1894 ab die Gesandtschaft in Wien ebenfalls aufzuheben.  
Der Ministerpräsident v. Mittnacht hatte den lebhaftesten Wider-  
spruch versucht und dabei davon gesprochen, daß beim Volke ein  
„warmes Gefühl“ für Wien vorhanden sei. Allein diese Er-  
innerungen aus der Zeit vor 1866 mochten wohl bei dem Mi-  
nisterpräsidenten, nicht aber bei der Bevölkerung von Einbruch  
sein, denn über den damaligen Beschluß der Abgeordnetenlammer  
hat sich im Laufe der Zeit kein Mensch zu beklagen gehabt, trog-  
dem sich darauf der württembergische Thronfolger, Herzog Albrecht,  
sich mit der österreichischen Erzherzogin Margareta vermählte.  
Im Gegentheil ist man der Ansicht, daß an die so wünschens-  
werthe Aufhebung des Wiener Postens nicht zu denken wäre,  
wenn sie nicht zu jener Zeit erfolgt wäre, da man sonst auf der  
Gegenseite persönliche Gründe zu Hilfe genommen hätte. Daß  
die Höfe von Wien und Petersburg nicht ebenfalls ihre Gesandt-  
schaften aufhoben, hatte seinen Grund wohl in verwandtschaftlichen  
Rücksichten.

Wenn nun nicht einzusehen ist, welchen Nutzen die deutschen  
Einzelstaatsgesandtschaften im Auslande bringen könnten, so er-  
scheint es nur natürlich, daß man in denjenigen Kreisen, die ein  
starkes, einheitliches Reich wünschen, auch die Abschaffung dieser  
Gesandtschaften anstrebt. Ihre einstweilige Aufhebung wäre mög-  
lich, wenn sich in den betreffenden Landtagen eine Mehrheit fände,  
die die betreffenden Etatsposten ablehnte. Aber damit wäre inso-  
fern nichts gewonnen, als sich später wiederum Majoritäten  
finden könnten, die jene Etatspositionen, wenn sie eingestellt wür-  
den, von Neuem bewilligten. Deshalb denkt man an einen Zu-  
satz zu dem obengenannten Artikel II der Reichsverfassung, nach  
welchem in Zukunft dem Kaiser das ausschließliche Gesandtschafts-  
recht für das Reich zustehen sollte, wie es ja auch im Sinne des  
jetzigen Wortlauts jenes Artikels liegt.

Damit es nun nicht den Anschein gewinnt, als ob die in  
Betracht kommenden Einzelstaaten unter dem Druck eines sanften  
Zwanges ihre auswärtigen Gesandtschaften aufhoben, wäre es  
zweckmäßig, wenn sie diese Aufhebung bald und freiwillig vor-  
nähmen. Um ihnen dazu Zeit zu lassen und da sich aus dem  
bestehenden Zustand kein Nachtheil für die auswärtige Politik  
des Reiches hat erkennen lassen, wird die Reichsregierung ein-  
willigen noch keine Schritte in der erwähnten Richtung thun.

### Tagesgeschichte.

— Deutschland. Wie aus Berlin, 17. Juni geschrieben  
wird, wird am Montag Reichskanzler Fürst Hohenlohe per-  
sönlich im Reichstage bei der Beratung des Gesetzesentwurfes  
zum Schutz des gewerblichen Arbeitsverhältnisses  
das Wort ergreifen und darlegen, wie notwendig ein besserer  
Schutz der Arbeitswilligen ist und welcher hohen Werth die Ver-  
bündeten Regierungen auf das Zustandekommen eines solchen  
legen. Man darf hoffen, daß bis zum Spätherbst, wo nach dem  
Wiederzusammentritt des Hauses der Entwurf zur zweiten Ver-  
handlung im Plenum kommen soll, die ruhige sachliche Ueberlegung  
über die jetzt vorherrschende politisch zugespitzte, theils leidenschaft-  
liche, theils demagogische Bekämpfung und Ausbeutung des Ge-  
setzes die Oberhand gewonnen haben wird. Die Gesamtheit  
der bürgerlichen Parteien, einschließlich des Zentrums, wird sich  
klar zu machen haben, daß es sich in dieser Frage um die Ver-  
theidigung der vitalsten Rechte nicht nur des Individuums, son-  
dern der bürgerlichen Gemeinschaft als solcher handelt, und daß  
eine Partei, die aus Doctrinismus oder Fraktioneninteressen die  
Mitwirkung verweigert, sich dadurch einer schweren Schädigung des  
Staates, als der Gemeinschaft Aller, schuldig macht.

— In welchem Umfange die Koalitionsfreiheit für den  
einzelnen Arbeiter zum Koalitionszwang und zur denkbar größten  
persönlichen Unfreiheit gemordet ist, erhellt wiederum recht  
deutlich aus den Beschlüssen, die die Berliner Maurer in Bezug  
auf die jetzt von ihnen herausgeschworene Arbeitseinstellung ge-  
faßt haben. Danach haben „alle in Berlin und den Vororten  
ausgesperrten Kollegen, welche unverheiratet sind, Berlin auf  
dem schnellsten Wege zu verlassen. Die zu den neuen Beding-  
ungen arbeitenden unverheirateten Maurer haben die Pflicht,  
verheirateten und dort ansässigen Kollegen Platz zu machen und  
ebenfalls abzureisen. Jeder zu den neuen Bedingungen (65 Pfennige  
pro Stunde) arbeitende Kollege hat 10 Prozent des gesammten  
Wochenverdienstes an die Striktkasse abzuliefern.“ Also jeder un-  
verheiratete Maurer hat sofort abzureisen, ganz unbefürmert um  
die Unterstützungsverpflichtungen, die er etwa gegen Eltern und  
Geschwister hat, um außerhalb entweder keine oder erheblich ge-  
ringere bezahlte Arbeit zu finden; jeder Arbeitende soll den zehnten  
Theil seines Wochenverdienstes an die Striktkasse abliefern. —  
Alles zu Ehren eines halben oder ganzen Duzend von Aufwiegeln,  
die nur vom Unfriedensstiften und der Thorheit der Andern leben.

— Kiel, 17. Juni. Die Prinzessin Heinrich ist nach  
siebenmonatlicher Abwesenheit in Begleitung der Prinzen Walde-  
mar und Sigismund hier wieder eingetroffen.

— Rußland. Der Nothstand in großen Theilen Ruß-  
lands, von dem nun schon seit Monaten die traurigsten, aller-  
dings mit Ablehnungen und Beschönigungen verknüpften Mel-  
dungen kommen, scheint noch keineswegs in der Abnahme zu sein,  
sondern sich immer drohender zu gestalten. So schreibt die deutsche  
„St. Petersburg. Ztg.“: Vor den bösen Nachrichten über Armuth  
und Elend, totalen wirtschaftlichen Ruin, Krankheit, Hunger und  
zu allem über schlechte Ernteausichten in einer ganzen  
Reihe von Gouvernements, möchte man gern das Ohr verschließen,  
sich gern der Täuschung hingeben, daß die Dinge nicht so  
furchtbar schlimm seien, wie es den Anschein hat, aber die tele-  
graphischen Nachrichten sowohl, als die Korrespondenzen der ver-  
schiedensten Blätter lauten so übereinstimmend, verweisen so ge-  
schlossen auf die Gefahr der nächsten Zukunft, die mit womöglich  
noch größeren Uebeln droht, als die Gegenwart bereits in trau-  
rige Wirklichkeit gesetzt hat, daß leider ein Zweifel an der Zu-  
verlässigkeit dieser Nachrichten nicht mehr gestattet ist. — Sieht  
es so, dann ist die Mahnung vollberechtigt, welche die „Pet. Ber.“  
an die Spitze eines Leitartikels setzen: „Man muß bereit sein.“  
N. Radezki schreibt unter diesem Titel: „Unlängst kam ich in  
die Lage, durch einige Ortlichkeiten der Bessarabischen und Cherson-  
sonischen Gouvernements zu fahren und zu sehen, in welchem Zu-  
stande sich die Felder, Wiesen und Gärten befinden. Ein trau-  
riges Bild bietet in diesem Jahre der „gesegnete Süden“. Fast  
die gesamte Vegetation ist welk und fahl geworden, — die  
Blätter fallen wie im Spätherbst. Trockene Winde hüllen die  
Obst-, Wein- und Gemüsegärten weithin nach beiden Seiten des  
Beges in Wolken von Staub. Selten findet sich ein freundlicher  
Winkel, der den Blick erfreut und das Gemüth beruhigt. Mit  
Thänen und in Verzweiflung schaut der Bauer aufs Feld.  
Überall ertönt die Klage über Mangel, Noth, Regenlosigkeit und

ungeheure Verluste. Die Landschaftsämter und Gouvernements-  
regierungen sammeln Daten über den Zustand der Saaten und  
die Ernteausichten, aber überall laufen unerfreuliche Nachrichten  
ein. Wenn jetzt, in den ersten Tagen des Juni der Regen aus-  
bleibt, dann sind die Saaten überall definitiv verloren. Schon  
gegenwärtig mäht man das verdorrte Getreide, um Stroh für  
das Vieh zu haben, welches auf den Wiesen kein Futter findet.  
Was wird aber weiter werden? Nicht umsonst entsetzt sich die  
Bevölkerung vor dem, was ihr bevorsteht.“

— Der russische Rubel hat seine Reise nach Finnland  
angetreten. Der Zar hat in menschenfreundlicher Absicht einen  
Fond zur Verfügung gestellt, durch welche den finnländischen  
Ackerbauern die Scholle, die sie bearbeiten, zu eigen gemacht  
werden soll, damit sie seßhaft werden. Ob aber die Finnländer  
für dieses Pflanzgericht die nationale Selbstständigkeit und ihre  
vererbten Rechte opfern werden, erscheint dem doch zweifelhaft,  
trotzdem der Zar persönlich es zweifellos gut mit ihnen meint.

— Frankreich. Poincaré hat die Segel gestrichen; sein  
Beruch, ein Ministerium zu bilden, ist gescheitert. Coubet  
hatte darauf Konferenzen mit dem Präsidenten des Senats und  
der Deputirtenlammer. Delcassé und Waldeck-Roussieu treten  
nunmehr in den Vordergrund.

— Dänemark. Deutsche und französische Kriegsschiffe  
ankern gegenwärtig im Hafen von Kopenhagen. Der dänische  
Kriegsminister gab den deutschen und französischen See-Offizieren  
ein Diner, wobei er ein Hoch auf den deutschen Kaiser und den  
Präsidenten Coubet ausbrachte und später auf die deutsche und  
französische Marine toastete. Der deutsche Gesandte trank auf  
das Wohl des Königs von Dänemark, der französische Gesandte  
Margerie auf die dänische Marine.

— Philippinen. Ausführliche Berichte aus Manila  
bestätigen, daß das Gefecht vom 13. Juni die Philippinen beinahe  
in den Besitz Manilas gesetzt hätte! Nur die Schiffslanonen  
haben die Amerikaner gerettet. — Das Gerücht, daß der Philippin-  
General Luna, der Nebenbuhler Aguinaldos, von Anhängern des  
letzteren ermordet worden sei, bestätigt sich.

### Locale und sächsische Nachrichten.

— Hundshäbel, 16. Juni. Ein gemeiner Dubsentrich  
ist vorige Woche dem hiesigen Schuhmacher Dörfel gespielt  
worden, indem ihm Nachts von unbekannter Hand in einen  
sehr starken Bienenstock Terpentin gegossen und angezündet wor-  
den ist, wodurch natürlich sämtliche Bienen infolge des entstan-  
denen Rauches getödtet worden sind. Der Schaden soll über  
50 Mark betragen. Daß das Bienenhaus nicht selbst mit abge-  
brannt ist, ist nur dem Umstande zu verdanken, daß das Feuer  
wegen Luftmangel nicht weiter gebrannt hat. Als Vererber dieses  
Frevels hat man einen hiesigen Einwohner im Verdacht.

— Dresden, 17. Juni. Ihre Majestät die Königin  
hat sich, wie aus Sibyllenort gemeldet wird, gestern durch einen  
Fall im Zimmer eine leichte Verletzung am Kopfe zugezogen.  
Fieber ist nicht eingetreten und konnte Ihre Majestät bereits  
heute wieder das Bett verlassen.

— Dresden, 16. Juni. Ueber die Arbeiten des im  
Herbste zusammentretenden Landtages wird dem „Vaterlande“  
von wohlunterrichteter Seite geschrieben: „Die wichtigste Obliegen-  
heit der Ständekammern ist die Prüfung des von der Regierung  
aufgestellten Etats, des Voranschlages über die Einnahmen und  
Ausgaben der nächsten 2 Jahre, und sie wird deshalb mit einer  
ihrer Bedeutung entsprechenden Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit  
vorgenommen werden. Der außerordentliche Etat enthält auch  
weiter wieder eine Reihe von Forderungen zum Bau neuer Bahn-  
linien und der damit in Verbindung stehenden Hochbauten, Zu-  
fahrtsstraßen u. Auch zur Errichtung verschiedener Dienstgebäude,  
unter denen das für die neu zu errichtende Kreisbauhauptschaft  
Chemnitz obenan steht, wird die Genehmigung der Ständekammern  
eingeholt werden. Ferner wird aller Voraussicht nach an den  
Landtag eine Vorlage, betreffend den Neubau eines Ministeriums  
des Innern, gelangen, weil die Räumlichkeiten des an der See-  
straße gelegenen Hauses den vorhandenen Bedürfnissen in keiner  
Weise genügen. Weiter werden die Kammern sich zu beschäftigen  
haben mit einem allgemeinen Landeshaushaltsgesetz, mit einem Expro-  
priationsgesetze, einem Gesetzesentwurf, betreffend die Verwaltung-  
rechtspflege, der bereits in der vorigen Tagung vorlag, aber keine  
Annahme fand, mit der Uebernahme der Alterszulagen für die  
Volksschullehrer auf die Staatsklassen, die gleichfalls dem letzten  
Landtage vorgelegen hatte, und den Einführungsgrößen zum

von Bil-  
zu gest. Be-  
dem Gasthof  
enthal mein  
sel  
tte ich um  
sooII  
Valther.  
llenSieIhre  
Bäsche  
lich gut u.  
orthheit hat  
chen, so kau-  
fen Sie  
Seife  
empulver  
fant“. In  
arenhand-  
hte man auf  
u. verlange  
ife von  
aussuer,  
ppel.  
ht:  
lle = Eis  
hsuer.  
Uhr an  
itenstien,  
ung Karls-  
ekauft wer-  
ffner!  
h a l t.  
elfach  
imiirt!  
a.  
el.  
Union.  
dem Hause  
accaroni  
at.  
Quelle.  
ad:  
cke.  
che,  
Zubehör  
Wo? sagt  
ites.  
en.  
hm. 4 Uhr  
ußt,  
ebenst ein-  
aeller.  
aus.  
hm. 4 Uhr  
ußt,  
cher.  
aus.  
hm. 4 Uhr  
ußt,  
neider.  
mmer.  
hm. 4 Uhr  
ußt,  
endel.  
fsgrün.  
hm. 4 Uhr  
ußt,  
öhner.  
nd.  
7. Grad.  
7,3